GEMEINDE OBERSCHÜTZEN

.....
7432 Oberschützen, Hauptplatz 1
Tel. 03353/7524, Fax DW 30
E-Mail: post@oberschuetzen.bgld.gv.at

NIEDERSCHRIFT

aufgenommen am 02. April 2024 bei der in der Gemeinde Oberschützen stattgefundenen

9. Gemeinderatssitzung.

Anwesend waren:
Bürgermeister Hans Unger, Vizebürgermeister Ernst Karner, Christian Krautsack, Wilfried Böhm, Siegfried Jany, Elke Kainz, Christian Zetter, Esmeralda Jandrisits, Edmund Kirnbauer, Mag. Christoph Winkler, Dieter Posch, Daniela Pratscher, Mag. Andreas Gross, Mario Simon, Manfred Brunner, Ingrid Ulreich, DI. Maximilian Ulreich Bsc, Mag. Wolfgang Motz, Christina Grabner, Ing. Klaus Karner, DI. (FH) Klaus Ulreich, Stefan Wessely, Mag. Ingrid Taucher

Nicht anwesend (entschuldigt):
Ing. Michaela Krutzler, Jürgen Ulreich, Wolfgang Spitzmüller

Ortsvorsteher:

Schriftführerin:
Monika Schmidt

Tagesordnung:

1. **Antrag der SPÖ LU vom 19.03.2024 – Kanalabgabengesetz**
2. **Grundsatzbeschluss – Anzahl der Klassen in der SMS**
3. **Beitritt Energiegemeinschaft**
4. **Allfälliges**

Bürgermeister Hans Unger eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienen und stellt deren ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Zur Beglaubigung der Niederschrift ersucht er die Gemeinderäte:

Dieter Posch und Christina Grabner

Nach Rückfrage betreffend das Protokoll der letzten Sitzung bringt die SPÖ LU eine schriftliche Ergänzung ein.

Nach Durchsicht der Ergänzung zum Protokoll entsteht eine rege Diskussion.

Abschließend macht der Bürgermeister den Vorschlag bei der nächsten Gemeinderatssitzung den Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ auf die Tagesordnung zu nehmen und die genauen Zahlen, wie hoch der Verlust der Gemeinde im Bezug der Personalförderung im Abtausch mit dem Müllverband wäre, bekannt zu geben.

Die Ergänzung zum letzten Protokoll der SPÖ LU wird nicht aufgenommen da hier Zitate des Bürgermeisters angeführt waren, die laut Bürgermeister Unger nicht der Wahrheit entsprochen haben. Das Protokoll der letzten Sitzung wird auf Antrag des Bürgermeisters mit 16 Ja-Stimmen und sieben Stimmenthaltungen (Ingrid Ulreich, Wolfgang Motz, Christina Grabner, Klaus Karner, Maximilian Ulreich, Klaus Ulreich, Ingrid Taucher) genehmigt.

Der Bürgermeister nimmt den Tagesordnungspunkt „2. Grundsatzbeschluss – Anzahl der Klassen in der SMS“ von der Tagesordnung.

<u>Zur Tagesordnung:</u>

<u>1. Antrag der SPÖ LU vom 19.03.2024 - Kanalabgabengesetz</u>
Bürgermeister Hans Unger erteilt Ingrid Ulreich das Wort.

Ingrid Ulreich verliest den Antrag der SPÖ LU.

Der Bürgermeister hält fest, dass die Wirtschaftlichkeit gegeben sein muss, der Teuerungsausgleich erhöht wurde, obwohl Sparmaßnahmen für die Budgeterstellung notwendig waren.

Wolfgang Motz schlägt vor, dass der Zielgruppe der Mindestpensionisten noch mehr unter die Arme gegriffen werden sollte und die Höhe das Teuerungsausgleiches für 2025 neu überdacht werden soll.

Ernst Karner bringt einen Abänderungsantrag ein, welchen der Bürgermeister vorliest.

Der Abänderungsantrag lautet wie folgt:
„Wenn das Land Burgenland von Abzügen in Höhe von einer Million Euro im Jahr 2024 absieht, dann soll von der Einhebung eines Nachtragsbeitrages für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Oberschützen abgesehen werden.“

Ingrid Ulreich möchte nachstehende Darstellung festgehalten haben:
„Der Bund ist grundsätzlich für die Gemeindefinanzen zuständig ist. Nach dem missglückten Finanzausgleich, gab es schon kurz nach der Präsentation erste Rückmeldungen aus Vorarlberg, dass das für die Gemeinden nicht reichen wird. Eben auf Grund dieser hohen Preisanstiege für die Kommunen. Und da hat das Land Burgenland eben mit diesem Gemeindepaket eine Lösung für die burgenländischen Gemeinden vorgeschlagen. Die Lösung hätte so ausgeschaut, dass 85 % der Personalkosten Kindergarten über Transfer-

leistungen des Landes bezahlt werden. Im Gegenzug wird der Müllverband in die Landesholding übernommen. Es hat sehr weitreiche Verhandlungen gegeben. Es wären die Mülldeponien, die ganzen Container in das Land gekommen. Die Gemeinden hätten keine zusätzliche Belastung. Nur kurz vor der Abstimmung hat komischerweise Abgeordneter Petschnig und ein Herr Sagartz, EU-Abgeordneter, stopp gesagt."

Ernst Karner fragt nach, was dies mit der Gemeinde Oberschützen zu tun hätte.

Fährt Ingrid weiter fort: „Das wäre ihre Begründung. Das Land hätte für die burgenländischen Gemeinden mit diesem Gemeindepaket eine Lösung gefunden. Für Oberschützen wären das jährlich € 430.000,--. Und somit hätten wir sofort diesen Nachtragsbeitrag wieder ausgeglichen im Budget. Warum verzichten wir als Gemeinde auf dieses jährliche Geld. Natürlich kommen jetzt diese Aussendungen, wo du sagst der Müllverband, die Millionen, die Rücklagen. Stimmt alles nicht! Der Müllverband hat vielleicht 30 Millionen Euro Rücklagen, aber vom Land kommen jährlich bis zu 50 Millionen Euro an die burgenländischen Gemeinden als Unterstützung."

Anschließend möchte Bürgermeister Hans Unger nachstehende Wortmeldung festgehalten haben:
„Der Müllverband verfügt über ein Vermögen von ca. 120 Millionen Euro in Cash und laut Aussage in einer Verhandlungsrunde von LH Doskozil wurde das Vermögen vom Müllverband mit einem gesamten Vermögen von bis zu 600 Millionen beziffert. Das ist somit eine einfache Rechnung, und zwar wenn die Landesholding ca. 1,8 Milliarden Euro Schulden hat und in dem Zusammenhang 600 Millionen Euro an Vermögen vom Müllverband in die Landesholding fließen, würde der Schuldenstand in der Landesholding nur mehr 1,2 Milliarden Euro betragen.
Als Gegenleistung würde das Land 30 Millionen Euro und nicht 50 Millionen Euro wie von GV Ingrid Ulreich vorhin genannt, jährlich als Personalkostenförderung zur Verfügung stellen.

Des weiteren führt Bürgermeister Hans Unger aus:
Die Gemeinde Oberschützen hat vom Bund ca. € 500.000,-- aus dem Kommunalen Investitionsprogramm erhalten und diese Mittel auch in der Infrastruktur eingesetzt. Das Land hat außer, dass hier Abzüge in der Höhe von einer Million Euro in der Vorschau 2024 sich wieder finden, die Gemeinde Oberschützen sowie alle anderen Gemeinden dahingehend nicht unterstützt. Außer nur durch den Abtausch des Müllverbandes, der zur Diskussion steht. Der Müllverband hat aber eigentlich mit der Personalkostenförderung nichts zu tun und steht in keinem Zusammenhang. Der Müllverband an sich selbst ist ein Verband, der keiner Gemeindeordnung unterliegt, sondern wenn er aufgelöst werden soll, bedarf es einer Zweidrittelmehrheit im Burgenländischen Landtag und hat hier auf Gemeindeebene nichts damit zu tun. Das Einzige was ist, dass 171 Gemeinden Eigentümer sind. Und diese Aussagen, dass die Gemeinde € 430.000,-- verlieren, wie diese in der Aussendung vom Landeshauptmann mitgeteilt wird, stimmt nicht, da die Summen eindeutig niedriger sind. Die genauen Zahlen werden von Seiten des Bürgermeisters in der nächsten Gemeinderatssitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des

Bürgermeisters“ bekannt gegeben. Des Weiteren wie schon erwähnt, haben hier Personalkosten und Müllverband keinen Zusammenhang. Die Gemeinde Oberschützen steht hier vor großen, finanziellen Herausforderungen wie alle Gemeinden im Burgenland, vielleicht auch alle Gemeinden in Österreich, dahingehend war es notwendig, um unser Gemeindebudget seriös zu planen, diesen Nachtragsbeitrag einzuheben, welcher dem Gesetz entspricht.„

Christoph Winkler verlässt die Sitzung.

Klaus Ulreich stellt in den Raum was das Land mit dieser Million Euro macht und beantwortet die Frage selbst, in dem er mitteilt, dass dieses Geld für die Pflege, Soziales usw. verwendet wird.

Wolfgang Motz stellt den Gegenantrag, dass der Gemeinderat den Beschluss fasst, den Teuerungsausgleich für das Jahr 2024 auf € 350,-- zu erhöhen und die Differenz an die Antragsteller des Jahres 2024 ohne weitere Antragstellung auszubezahlen.

Ingrid Ulreich stellt nunmehr nochmals den Hauptantrag, die Verordnung betreffend die Einhebung eines Nachtragsbeitrages mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Gemäß der Geschäftsordnung bringt der Bürgermeister als erstes den Abänderungsantrag zur Abstimmung und wird dieser mit 16 Ja-Stimmen, sechs Gegenstimmen (Ingrid Ulreich, Wolfgang Motz, Christina Grabner, Klaus Karner, Maximilian Ulreich, Klaus Ulreich) und einer Stimmenthaltung (Ingrid Taucher) wird angenommen.

Nachdem der Abänderungsantrag beschlossen wurde, sind alle weiteren Abstimmungen hinfällig.

<u>2. Beitritt Energiegemeinschaft</u>
Bürgermeister Hans Unger bringt dem Gemeinderat nochmals die Vereinbarung mit der Energiegenossenschaft Region Pinkafeld zur Kenntnis.

Nach eingehender Beratung beschließt der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters mit sechs Stimmenthaltungen (Ingrid Ulreich, Wolfgang Motz, Christina Grabner, Klaus Karner, Maximilian Ulreich, Klaus Ulreich) den Beitritt zur Energiegenossenschaft Region Pinkafeld.

<u>3. Allfälliges</u>
Der Bürgermeister gibt den Termin für die nächste Gemeinderatssitzung bekannt.

Weiters teilt der Bürgermeiste mit, dass die ÖVP das Sitzungeld für diese Sitzung zu Gunsten des Kindergarten Oberschützen und Aschau spendet.

Abschließend hält Bürgermeister Hans Unger fest, dass alle Fraktionen gerne 10 Tage vor der Sitzung ganz formlos Anträge zur Tagesordnung bei ihm einbringen können. Diese werden dann gemeinsam aufgenommen.

Ingrid Ulreich kritisiert die Dauer der aktuellen Flächenwidmungsplanänderung und teilt mit, dass nach Auskunft nur die Sonderwidmung „Tierhaltung" aus dem Verfahren rausgenommen werden muss und alle a nderen Widmungsfälle können in einem Umlaufbeschluss beschlossen werden.

Zum Vorwurf des Bürgermeisters, dass die SPÖ LU einen Antrag fristgerecht auf die Tagesordnung zu bringen und durch die Beantragung der Durchführung dieser Sitzung seien unnötig Kosten in der Höhe von € 1.600,-- entstanden gibt Ingrid Ulreich nachstehende Stellungnahme ab:
„Wir haben für die Sitzung am 11. März 2024 unseren Antrag SPÖ LU zeitgerecht und nach Rücksprache mit der Gemeindeabteilung und Gemeindevertreterverband ausreichend unterstützt, eingebracht.
Zu dem Zeitpunkt der Antragstellung bestand unserer Fraktion, nachdem zwei Gemeinderäte ausgeschieden sind und die zwei nachrückenden Gemeinderäte, noch nicht angelobt worden sind, aus fünf GemeinderätInnen.
Leider wurde der Antrag nicht auf die Tagesordnung genommen.
In einem Telefonat mit Bürgermeister, indem ich nachgefragt habe, warum unser Antrag nicht auf der Tagesordnung war, wurde mir erklärt, dass der Antrag nicht ausreichend unterstützt wurde. Es hätten bereits die zwei noch nicht angelobten Gemeinderäte, unterschreiben müssen.
Weiters hat er mir in diesem Telefonat erklärt, ich solle im Vorfeld eine Zustimmung der anderen Fraktionen einholen und den Antrag als zusätzlichen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu bringen habe ich abgelehnt und auf die Gemeindeordnung verwiesen, in der die Oppositionsrechte klar geregelt sind bzw. wie es den Minderheitsfraktionen ermöglicht wird, einen Antrag pro GR-Sitzung auf die Tagesordnung zu bringen.
Den Vorwurf der zusätzlichen Kosten weise ich zurück, da der Bürgermeister jederzeit die Möglichkeit gehabt hätte unseren Antrag auf die ordentliche Sitzung am 11.März 2024 zu nehmen.

Da das nicht der Fall war, mussten wir diesen Weg gehen und eine außerordentliche Sitzung einberufen."

Stefan Wessely und Klaus Ulreich verlassen die Sitzung.

Weiters merkt Ingrid Ulreich an, ob wirklich alle Straßenlampen durchgehend leuchten müssen und dass die Dimmung zu gering ist.

Ernst Karner teilt mit, dass die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind und erst nach Fertigstellung die Neigungen und Schaltungen überprüft werden und sodann entschieden wird.

Esmeralda Jandrisits verlässt die Sitzung.

Ingrid Ulreich hält fest, dass die Gemeinde frei entscheiden kann, wie die Straßenlampen geschalten werden, sollte der Bund die Verantwortung übernehmen.

Wolfgang Motz hätte gerne Auskunft, warum die Apotheke ihren Standort verlegt.

Der Bürgermeister berichtet über die Situation und teilt auch mit, dass es eine Absprache mit dem Verein MIO betreffend die Nutzung des Gmuataxi gibt, wobei die näheren Details erst geklärt werden müssen.

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 20.30 Uhr

v.g.u.

Beglaubigt: **Der Bürgermeister:**

Schriftführerin: